

Rat 9.12.2021

Haushalt 2022

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste auf der Tribüne,

das Haushaltsaufstellungsverfahren war diesmal geprägt von Intransparenz bis hin zu Chaos.

Oft genug wusste die linke Hand nicht, was die rechte macht.

Im Entwurf waren Positionen dargestellt, welche sich zum Vorjahr deutlich verschlechtert zeigten. Anfragen dazu wurden zum Teil falsch oder gar nicht beantwortet. Eindeutig war z.B. die Position Aufwendungen für die Agenda 21 stark vermindert. Antwort auf unsere Anfrage, „da ist alles gleich geblieben.“ Erneute Nachfrage ergab, dass ein Projekt endet und damit auch die Förderung. Somit weniger Aufwand. Aber warum stand dies nicht in den Erläuterungen? Dafür sind die doch da.

Bis heute gibt es keine befriedigende Antwort zu Fragen nach den Aufwendungen für die Fleischhygiene, bleiben sie so wie sie geplant waren, oder vermindern sie sich deutlich? Immerhin ist der Schlachthof geschlossen, also werden nicht mehr so viele Beschauer benötigt. Die Anfragen sind seit Oktober bekannt, es gab keine Antwort auf Nachfragen.

Aber nicht nur die Beantwortung von Anfragen war teils dürftig, auch die formelle Abwicklung war teils chaotisch. So verschwand der eine oder andere Antrag. Obwohl mit mehreren gleichzeitig eingereicht, fehlte in der 2. Lesung einer unserer Anträge. Die Behandlung unserer Anträge in den Beratungen ist weiterhin von einer zum größten Teil parteipolitisch motivierten Ausgrenzungsstrategie geprägt, die zuweilen ein erschreckendes Maß an Bürgerferne erkennen lässt, besonders in Bezug auf die Menschen in prekären Verhältnissen. Hier zeigt sich die hässliche Fratze des Hartz IV- und Suppenküchenstaates besonders deutlich.

Damit kommen wir zur zweiten Lesung im HFBPD. Die war erlebenswert. Im Galopp wurden die Anträge aufgerufen, welche wir kurz vor der Sitzung das erste Mal einsehen konnten. DIE LINKE hatte sich, wie immer kollegial und solidarisch an die Absprache gehalten und ihre Anträge jeweils rechtzeitig an alle versandt. Nicht so die Groko und später auch nicht die Grünen. Wie sich dieses Verhalten mit der vielbeschworenen Transparenz, der Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt verträgt, bleibt das Geheimnis unserer Kollegen von den anderen Fraktionen. „Demokratiestärkung“ sieht anders aus.

Was uns richtig sauer macht, ist der Umgang mit von Bezirksvertretungen beschlossenen Haushaltsanträgen seitens der Groko. Sie zog reihenweise beschlossene Anträge zurück. Die Anträge von anderen Parteien wurden abgestimmt, in unserem Fall, wie üblich, abgelehnt. Das gesamte Procedere kommt einer Missachtung der Bezirksvertretungen gleich. So kann man doch nicht mit den direkt gewählten Bezirksvertretern umgehen. Wir werden dies einer rechtlichen Prüfung unterziehen.

Für die nächsten Haushaltsberatungen muss ein anderes Verfahren gewählt werden, vor allem mit zwei Durchgängen für alle Ausschüsse und Bezirksvertretungen.

Sollte das Verfahren so bleiben, muss man sich ernsthaft überlegen, ob man sich die ganze Arbeit mit dem Haushalt überhaupt noch antut, da die SPD die altbekannte Basta-Politik weiterführt, nur diesmal mit Beteiligung der CDU.

Nach meinen Ausführungen zum formalen Ablauf komme ich nun zum Inhalt des Haushaltes. Die Bilanzzahlen sind schon jetzt Makulatur. Die Steuereinnahmen werden sich aufgrund der Pandemiemaßnahmen wieder schlechter entwickeln, als geplant. Den Geschäftsleuten bleiben, aufgrund der Beschränkungen, die Kunden weg. Die Handwerksbetriebe leiden unter Materialmangel, weil essenzielle Bauteile oder Materialien wegen der Pandemie nicht produziert wurden oder weil sie aufgrund des Zusammenbruchs der Lieferketten einfach nicht rechtzeitig vor Ort waren. Wenn die Pandemie eines gezeigt hat, dann die desaströsen Auswirkungen einer völlig unregulierten Globalisierung.

Die Schuld für die neue Welle und die damit verbundenen Probleme den Ungeimpften zuzuschreiben ist wohlfeil und billig. Es ist die übliche Propagandatechnik von: Haltet den Dieb!, um von eigenem Versagen abzulenken. Schließlich haben die politisch Verantwortlichen in Bund und Land, das Chaos im Management der Pandemie zu verantworten. Und dies schlägt sich auch im Haushalt von Gelsenkirchen nieder.

Weiterhin hat Gelsenkirchen immer noch große Probleme seine Stellen zu besetzen. Hochbauamt und Ausländerbehörde seien da nur als Beispiele genannt. Wir haben auch kein Patentrezept dafür, um Gelsenkirchen für Menschen attraktiver zu machen, die sich neue Aufgaben suchen. Aber nur auf ein verbessertes Image hinzuarbeiten, reicht nicht, es müssen Anreize geschaffen werden, die finanzieller Natur sein können, aber auch die Wohnsituation betreffen können oder man muss auch eine lange Zeit verpönte Verbeamtung von Menschen wieder in Erwägung ziehen.

Ein neues Baugebiet im Stile des Waldbogens ist aber auch nicht die Lösung. Zumal wir bei einem weiteren Fortschreiten des Klimawandels jedes noch so kleine Stück Ackerland dringend benötigen werden. Aber da warten wir mal die Untersuchung ab, die von der Groko in den Haushalt eingestellt wurde. Eine Untersuchung, die, wenn sie denn ergebnisoffen betrieben würde, unsere Zustimmung hätte.

Einen Haushalt, in dem Sie Geld für Abschiebefahrzeuge und Werbung für die EM 2024 haben, aber kein Geld für kostenloses Mittagessen an den Schulen oder einen besseren ÖPNV, können Sie nicht ernst meinen, Frau Oberbürgermeisterin.

Und wenn Sie sich in Ihrer Haushaltsrede für Gelsenkirchen ernsthaft einen zweiten Stärkungspakt wünschen, dann sagt das eine Menge darüber aus, welche Art von Sozialpolitik wir hier von Ihnen in den nächsten Jahren erwarten dürfen!

Gerade hat die SPD darauf abgehoben, dass der KOD ausgeweitet wird und sich in üblicher Weise dafür gelobt.

Aber genau das ist das Zeichen dafür, dass Sozialpolitik gescheitert ist und für diese Misere sind CDU, SPD, Grüne und FDP verantwortlich.

Dass sich an dieser desaströsen Ausrichtung im Bund durch die neue Regierung nichts ändern wird, zeigt der Koalitionsvertrag.

Die Wirtschaft und die wirtschaftlichen Eliten haben sich mit ihren Vorstellungen umfassend durchgesetzt.

Und das wird üble Auswirkungen auf die Kommunen haben.

Die Tatsache, dass man HartzIV umbenannt hat, wird nicht für mehr Fettagungen auf den dünnen sozialpolitischen Süppchen sorgen.

Es stehen armen Menschen düstere Zeiten ins Haus.

Die LINKE lehnt den Haushalt in der vorgelegten Form ab.

Ich möchte die Rede hier beschließen,- genug Aerosole verbreitet!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Martin Gatzemeier